

enteigneten Arbeitgeber. Viele Wanderarbeiter aus Malawi und Mosambik blieben ohne Arbeit und Unterkunft sich selbst überlassen.

²⁴ Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC), *Tolerance and Hope. Hirtenbrief*, Mai 2001.

²⁵ Zimbabwean Catholic Bishops' Conference (ZCBC)/Zimbabwean Council of Churches (ZCC), *Response to Land Question*, in: Crossroads, ZCBC News Sheet, Nr. 179, Advent 2001, 8.

²⁶ Oskar Wermter, *Cunning Mugabe tries to „use“ God*, in: The Zimbabwean [Wochenschrift für Simbabwe im Exil], 20.-26. Juli 2006.

²⁷ Andrew Nyathi, Vorsitzender der Simukai Cooperative Farm, in: Mac Garry, *Land for Which People?* aaO., 4.

²⁸ „Is This the Zimbabwe We Want?“ Kommentar in: In Touch with Church and Faith, Nr. 83, 6. 11. 2006, ein elektronischer Rundbrief von Jesuit Communications: owermter@zol.co.zw; ebenfalls veröffentlicht in: The Zimbabwean, 9.-15. November 2006, 15.

²⁹ Oskar Wermter SJ, *Politics, For Everyone and by Everyone. A Christian Approach on „Land - More than a Matter of Compensation“*, 61.

³⁰ MacGarry, *Land for which people?* aaO., 31.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht

Indigene Völker und angestammte Gebiete in Kanada

Der Fall der Dene Tha

Jean-Guy A. Goulet

In *The Invasion of America. Indians, Colonialism and the Cant of Conquest*¹ bemerkt Francis Jennings, dass die „Doktrin, die ursprünglich Eroberungen im Heiligen Land legitimieren sollte, nun dazu dient, die Eroberung der Welt zu legitimieren.“ Kanada ist aus dieser Welteroberung europäisch-christlicher Siedler hervorgegangen. Schon bald nach der Invasion der Neuankömmlinge wurden die indigenen Völker durch Krankheiten dezimiert und verloren überdies den ungehinderten Zugang zu ihrem angestammten Land und den lebensnotwendigen Ressourcen. Mit der Zeit wurden die Erwachsenen zu billigen Arbeitskräften in einem neuen Wirtschaftssystem der Siedler. Wo die Christen in der Übermacht waren, wurden für die Indianer Häuser auf abseits gelegenen Grundstücken gebaut. Entsprechend der eurokanadischen Sicht, dass Frauen sich nicht am politischen Geschehen beteiligen sollten, wurden die männlichen Ureinwohner angewiesen, männliche Parteimitglieder in die örtliche Verwaltung zu wählen, die der Bundesregierung unterstand. Kinder mussten Schulen besuchen, die ihre Kultur, Reli-

gion und Sprache aus den Lehrplänen verbannt hatten. Zu viele von ihnen sagen heute voller Bedauern: „Wir lernten, nur das zu sehen und zu hören, was die Priester und Mönche uns sehen und hören lassen wollten, und so sahen sogar die Menschen, die wir liebten, mit der Zeit hässlich aus.“²

Indigene Völker landen unweigerlich in den Medien, wenn sie sich mit den kanadischen Behörden über Landfragen auseinandersetzen. In den aufsehenerregendsten Fall der jüngeren Geschichte waren im Jahr 2000 in Oka, Quebec, weniger als einhundert Mohawk-Krieger und fast 3000 kanadische Soldaten verwickelt. Oka ist wie andere Krisen vorher und nachher symptomatisch für den indigenen Widerstand gegen ein koloniales Programm und für ihre beharrliche Forderung, als ursprüngliche und fortlebende Gemeinschaften anerkannt zu werden, die das Recht haben, auf ihrem eigenen Land autarke und autonome Gesellschaften zu bilden. Ohne diese Anerkennung leiden die indigenen Völker unter armseligen Wohnbedingungen und Aufstiegschancen, hohen Raten von Diabetes und anderen Krankheiten, niedriger Lebenserwartung, sehr hohen Selbstmord- und Straffälligkeitsraten. Hierauf haben 1996 die Königliche Kommission zu Ureinwohnerfragen („Royal Commission on Aboriginal Peoples“) und 2004 ein Report von Amnesty International hingewiesen, der insbesondere die Situation der Frauen betonte: *Stolen Sisters: a Human Rights Response to Discrimination and Violence Against Indigenous Women in Canada*³. 1998 wurden in einer Geste der Versöhnung von der Bundesregierung 350 Millionen US-Dollar für Therapieprogramme bereitgestellt, um die Verletzungen zu heilen, die den Kindern der Ureinwohner an den Residential Schools zugefügt worden waren. Im selben Jahr wurde auch der katholisch-indigene Versöhnungsrat („Catholic Aboriginal Council for Reconciliation“: CACR) gegründet, um einen speziellen Versöhnungsfonds zu verwalten. 2005 entwarf der von Indigenenführern, Ministerpräsidenten mehrerer Provinzen und Kanadas Premierminister unterzeichnete *Kelowna Accord* einen viele Millionen Dollar teuren Zehnjahresplan, um den Lebensstandard der indigenen und der nicht-indigenen Bürger anzugleichen. Nach den allgemeinen Wahlen im Jahre 2006 und dem Wahlsieg einer anderen Partei wurde die Vereinbarung jedoch von der neuen Regierung nicht ratifiziert.⁴

Auf den folgenden Seiten möchte ich mich auf die Dene Tha konzentrieren, deren Rechte im nordwestlichen Teil von Alberta und im südlichen Teil der Northwest-Territorien angefochten werden. Um die Gründe hierfür verständlich zu machen, befasse ich mich zunächst mit der Verantwortung der Zentralregierung für die Indianer und die Indianergebiete. Danach untersuche ich den langanhaltenden Widerstand der Dene Tha gegen eine Regierungspolitik, die ihre Rechte in ihrem Stammland untergräbt. Und schließlich werde ich die Doppelbödigkeit der Regierungsinterventionen und der wirtschaftlichen Entwicklung in den indigenen Gebieten aufzeigen und am Beispiel der jüngsten Verhandlungen zwischen den Dene Tha und Vertretern der Mackenzie Gas Pipeline (MGP) diskutieren, die von der Arktis bis nach Alberta verlaufen und dort an bestehende Provinz-Pipelines angeschlossen werden soll, um die südlichen Märkte mit Gas zu versorgen.⁵

Politischer Schutz in einem Land der guten Gelegenheiten

Indigene
Völker und
angestammte
Gebiete in
Kanada

Laut Verfassung ist die Bundesregierung für die Indianer und die Indianergebiete verantwortlich. Der daraus resultierende Interessenkonflikt spiegelt sich in der Häufigkeit, mit der die Verantwortung für die Indianer im Lauf des letzten Jahrhunderts zwischen den verschiedenen Regierungsministerien hin- und hergewechselt ist. Als Kanada 1867 entsteht, folgt die Bundesregierung der britischen Kolonialpolitik für Nordamerika. Sie versucht die indigenen Völker eher durch Verträge als durch militärische Auseinandersetzungen dazu zu bewegen, ihr Land gegen Bezahlung und verschiedene Rechte – unter anderem in den Bereichen Medizin, Bildung, Jagd, Fallenstellen und Fischfang – abzutreten. Zwischen 1871 und 1877 waren auf diese Weise durch sieben Verträge (Nr. 1–7) 717.452 km² im heutigen Ontario, Manitoba, Alberta und Saskatchewan abgedeckt. Zwischen 1899 und 1921 sicherten vier weitere Verträge eine zusätzliche Fläche von 2.120.339 km² im Norden des heutigen Alberta, British Columbia und der Nordwest-Territorien (Nr. 8–11).

Das Ziel war eine friedliche Besiedlung ursprünglich indigener Gebiete durch Europäer und eine ungehinderte Erforschung des Landes; und dies erreichte man, indem man den Indianern die Versammlungsfreiheit und das Recht auf eine politische Vertretung verweigerte, um zu verhindern, dass sie Rechte oder Privilegien erwarben, die den Siedlern und den Unternehmern schaden. Die Ansiedlung europäischer Christen auf dem früheren Land der Ureinwohner hatte solche Priorität, dass der Premierminister von Kanada 1878 auch das Ressort des Inneren übernahm. 1880 schuf er innerhalb seines Ministeriums eine Abteilung für Indianerangelegenheiten. 1936 ging die Verantwortung für die Indianer auf das Ministerium für Bergbau und Bodenschätze über. Dieses hatte nach der geologischen Erkundung Kanadas Mineralien-, Öl-, und Gasvorkommen an den Ufern der drei größten Flüsse, dem Athabaska, dem Peace River und dem Mackenzie entdeckt. Nach 1949 wurden die Indianer, obwohl sie weder Einwanderer noch Bürger waren, ironischerweise vom Ministerium für Bürgerschaft und Einwanderung verwaltet. Seit 1966 unterstehen sie der Jurisdiktion der Abteilung für indianische und nördliche Angelegenheiten.

Der Autor

Jean-Guy A. Goulet, geb. 1945 in Ottawa, Kanada, promovierte in Kulturanthropologie und unterrichtet über Fragen religiöser Identitäten und Konflikte sowie über indigene Völker innerhalb des Konfliktforschungsprogramms an der Saint-Paul-Universität. Von 1997 bis 2005 war er dort auch Dekan der humanwissenschaftlichen Fakultät. Seit vielen Jahren forscht und schreibt er über das Volk der Dene Tha. Veröffentlichungen u.a.: *Ways of Knowing: Experience, Knowledge and Power Among the Dene Tha* (1998); *Extraordinary Anthropology: Transformations in the Field* (als Mitherausgeber, 2007). Anschrift: Faculté des sciences humaines, Université Saint-Paul, 223 rue Main Ottawa, ON Canada, K1S 1C4. E-Mail: jggoulet@ustpaul.ca.

Die Politik der Regierung, die indigenen Völker und Gebiete von der Mehrheitsgesellschaft zu trennen, wurde jedoch ernsthaft erschüttert, als indigene Veteranen

dieselbe Religionsfreiheit und dieselben demokratischen Rechte, um die sie zwischen 1939 und 1945 gekämpft hatten, nun auch für sich selbst in Anspruch nahmen. Daraufhin wurde 1951 das seit 1884 bestehende gesetzliche Verbot indigener Religionszeremonien aufgehoben. Das Wahlrecht folgte 1960. 1969 gelangte man an einen kritischen Punkt, als das *White Paper* der Bundesregierung für die Abschaffung aller indianischen Rechte und Privilegien eintrat. Damit wolle man lediglich eine Gleichstellung der Indianer und der Nachfahren der Einwanderer erreichen. Die Indianer reagierten darauf mit der Erklärung *Citizen Plus*, in der sie die volle Beteiligung an den kanadischen Institutionen *plus* das Recht verlangten, alle ihre vertraglich vereinbarten und angestammten Privilegien wahrzunehmen. Sie setzten sich durch. Gesetzlich verfügte Anpassung war nicht mehr in Mode. 1982 wurden die Rechte der indigenen Völker, zu denen die First Nations (d.h. die Indianer), die Métis (die sogenannten Mestizen) und die (früher als Eskimos bekannten) Inuit gehören, in der Verfassung verankert. Vor dem Hintergrund dieser verfassungsmäßigen Rechte haben die Richtlinien des Obersten Gerichtshofs festgelegt, dass „die Verträge in einer liberalen und großzügigen Weise auszulegen sind [...], so wie die indigenen Gruppen sie verstanden haben würden, und dass alle Zweifelsfälle zu ihren Gunsten entschieden werden müssen.“ Zudem muss in solchen Fällen, da „die Ehre der Krone auf dem Spiel steht [...], bei der Auslegung der Verträge jeder Anschein einer kleinlichen Handhabung vermieden werden.“⁶

Karten, Eroberungen und Widerstand

Nachdem die Dene Tha 1900 den Vertrag Nr. 8 unterzeichnet hatten, streiften sie auf der Suche nach Wild und Fellen weiterhin frei in ihrem Gebiet umher, ohne die Provinz- und Territorialgrenzen zu beachten. Die Provinz- und Territorialbehörden jedoch waren entschlossen, das Jagen und Fallenstellen innerhalb genau festgelegter Gebiete zu regeln. Sie forderten ihre Bürger, Ureinwohner oder nicht, dazu auf, sich als Fallensteller registrieren zu lassen. Damit wurde das Jagen oder Fallenstellen auf dem Gebiet eines anderen gesetzlich verfolgt. Die Dene Tha ließen sich für den Norden von British Columbia und Alberta registrieren, doch, um es mit den Worten eines offiziellen Regierungsvertreters zu sagen, „die Gesamtheit der Fallensteller folgte uralten Neigungen, sie gingen einfach dorthin, wo das Wild und die Pelztiere waren, und konnten oder wollten ihre Operationen nicht auf bestimmte Gebiete beschränken.“⁷ Um ihrem Standpunkt Nachdruck zu verleihen, ließen die Regierungen 1950 das Grenzland zwischen Alberta und British Columbia brandroden und 1951 das zwischen Alberta und den Northwest-Territorien planieren. Zur Verzweiflung der Regierungen setzten die Dene Tha jedoch trotz der für alle sichtbar gezogenen Grenzlinien ihre Aktivitäten in ihren angestammten Gebieten fort, wie sie es schon immer getan hatten.

In den 1960er Jahren reisten Propheten der Dene Tha zu Gemeinschaften in den

Nordwest-Territorien, wo sie eine wichtige Rolle im Rahmen einer breitangelegten Bewegung der religiösen und ethnischen Wiederbelebung spielten. Diese politisierten Gemeinschaften übernahmen nun offiziell den Namen der Dene. Im selben Atemzug sprachen sie von ihrem gemeinsamen Territorium als *Denendeh*, „Land der Dene“. Man initiierte Verhandlungen mit der Bundesregierung, um die Nordwest-Territorien in *Denendeh* im Westen und *Nunavut*, das Stammland der Inuit, im Osten aufzuteilen. Diese politische Entwicklung machte deutlich, dass es zwei Gruppen gab: Menschen mit indigenen Ambitionen und Rechten, die man berücksichtigen musste, und Menschen, die im kolonialisierten Stammland der Urbevölkerung wirtschaftliche Privilegien und Chancen wahrnahmen.

Im Prinzip hätten die Grenzen des Gebiets, auf das die Nation der Dene Anspruch erheben konnte, aufgrund der kulturellen und verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Dene Tha des nordwestlichen Alberta und den Dene der Nordwest-Territorien und auch aufgrund der Rolle, die die Propheten der Dene Tha bei der Wiederbelebung der Dene-Gemeinschaften im ganzen Mackenzie-Tal gespielt hatten, auch auf Alberta ausgedehnt werden können. Doch die Bundesregierung wollte die Landansprüche nur innerhalb der provinziellen und territorialen Grenzen verhandeln. Der Anspruch auf *Denendeh* musste auf einer von Eurokanadiern festgelegten politischen Bühne verfochten werden. Wenn die Dene Tha ihre angestammten Rechte einfordern wollten, dann mussten sie dies in der Provinz Alberta tun.

Aus diesen langwierigen Verhandlungen zwischen den Dene Tha und den Regierungsbehörden kann man zweierlei lernen. Erstens versuchen die beteiligten Parteien, widerstreitende politische und wirtschaftliche Interessen zu schützen. Dieser Interessenkonflikt spielt in der Geschichte Kanadas eine zentrale Rolle. Wenn Landkarten „in der Geschichte der kolonialen Invasion [...] Eroberungswerkzeuge sind“⁸, dann zeigen sie auch, wo mit heftigen Konflikten gerechnet werden muss. In Kanada besteht derzeit der heftigste Konflikt zwischen den indigenen Völkern und der Regierung in der Grenzregion zwischen dem US-Bundesstaat New York und den kanadischen Provinzen Ontario und Quebec. Die Zahl der zollfrei an der Grenze zwischen den USA und Kanada verkauften Zigaretten ist so beträchtlich, dass die Regierungen ihren Verlust an Steuereinnahmen auf Millionen von Dollars schätzen. Entlang der Grenze, die sich durch das Stammland der Mohawk schlängelt, versuchen Polizeikräfte aus New York, Ontario und Quebec den Handel zu unterbinden, während die Mohawk behaupten, sie hätten ein Recht darauf, ohne Einmischung von außen Handel zu treiben. Was in den Augen der Vollstreckungsbeamten Schmuggel ist, ist in den Augen der Mohawk freier Handel. Ein solcher Konflikt ist im Stammland der Dene wegen der niedrigen Bevölkerungsdichte eher unwahrscheinlich. Dennoch haben auch die Dene Tha, wie noch gezeigt werden wird, wirtschaftliche Interessen, die sie schützen wollen.

Zweitens vertreten die Dene Tha ebenso wie die Mohawk den Standpunkt, dass Gesetze, die ohne ihre Mitsprache entstanden sind und ihren vertraglichen Rechten zuwiderlaufen, für sie keine Geltung haben. In dieser Frage steht ihre Auffas-

sung der der Bundesregierung und der Regierung von Alberta diametral entgegen. Weil sie der Ansicht sind, dass der Vertrag Nr. 8 die angestammten Rechte der Dene Tha aufhebe, kassieren die Regierungen Förderabgaben von Unternehmen, denen sie die Genehmigung erteilen, im Land der Dene Tha Bodenschätze abzubauen. Die Dene Tha dagegen erhalten keine Abgaben, obwohl das Land, das ihre Existenzgrundlage ist, sich rapide verändert. Die Reviere der Fallensteller werden danach benannt, ob sie in der Nähe oder gegenüber der Mobile Road, Esso Road oder Husky Road liegen. Namen von Ölgesellschaften dienen als Landmarken. Die negativen Auswirkungen dieser Entwicklung spiegeln sich in der Tatsache, dass die Menschen Trinkwasser mitnehmen, wenn sie im Buschland unterwegs sind, weil die Flüsse und Seen infolge der Industrialisierung verschmutzt sind. Nichtsdestoweniger liefert das Land nach wie vor beträchtliche Mengen von Nahrung (Fisch, Hasen, Enten, Elche usw.) und Arzneipflanzen, die alle Teil seiner Geschichte und Identität sind.

Im Gegensatz zu Regierung und Industrie sagt der Häuptling der Dene Tha, dass „der wahre Geist und die Absicht des Vertrags, so wie die Ältesten ihn verstanden und erklärt haben, bis auf den heutigen Tag von Kanada umgesetzt werden muss. Die Ältesten sind der Ansicht, dass keines unserer traditionellen Gebiete jemals aufgegeben worden ist oder aufgegeben werden wird.“ Um der Regierung in der Landfrage entgegenzukommen, erklärten sich die Dene Tha 1995 bereit, an einer von Alberta Industries finanzierten Studie zur traditionellen Landnutzung („Traditional Land Use and Occupancy Study“: TULOS) teilzunehmen – mit dem Ergebnis, dass Stolz und Gemeinschaftsgefühl zunahmen und den Dene Tha die Wichtigkeit traditioneller Plätze und Wissensbestände stärker bewusst wurde. Darüber hinaus konnten sie die Perspektive, aus der Regierung und Industrie die wirtschaftliche Entwicklung beurteilten, nun besser nachvollziehen. Dennoch „hat TULOS nicht dazu beigetragen, dass Außenstehende die traditionellen Gebiete als Territorium der Dene Tha anerkennen“, und die „Kommunikation zwischen der Gemeinschaft und den Forstgesellschaften hat sich, wenn überhaupt, nur geringfügig verbessert.“⁹

TULOS deckte erhebliche Unterschiede in den Interessen der beteiligten Parteien auf. Wegen des Standorts des finanzierenden Unternehmens befasste sich die Studie nicht mit dem außerhalb von Alberta gelegenen traditionellen Gebiet der Dene Tha. Die Dene Tha ihrerseits verweigerten den Forschern Angaben über das Vorkommen von Pflanzen und Tieren, die mit ihren traditionellen Heilpraktiken in Verbindung standen. Ihrer Auffassung zufolge „sollte nicht jedermann über sie [die Medizin oder die Heilkräfte] Bescheid wissen“, und „nicht jeder kann einfach Medizin vom Boden auflesen. Das ist gefährlich, wenn man nicht weiß, wie man sie einsetzt.“¹⁰ In der ganzen Studie kommt das unversehrte Verhältnis der Dene Tha zu den Quellen wirksamer Heilkräfte überdeutlich zum Ausdruck. Bezeichnenderweise ist das Deckblatt der TULOS-Publikation eine formatfüllende Aufnahme von Alexis Seniantha, der bis zu seinem Tod in den frühen 1990er Jahren der wichtigste Prophet und Heiler der Dene Tha gewesen ist und von allen Dene der näheren und weiteren Umgebung konsultiert wurde.

Die Mackenzie-Gas-Pipeline (MGP) 1973 und 2006

*Indigene
Völker und
angestammte
Gebiete in
Kanada*

Die Kontrolle über die traditionellen Gebiete ist der Hauptstreitpunkt zwischen der kanadischen Regierung und den indigenen Völkern. So schlugen beispielsweise die Regierungen und die Industrie 1973 den Bau einer Pipeline durch Dene-Gebiet vor, ohne die Dene Tha nach ihrer Meinung zu fragen – genauso wie Quebec sich dafür aussprach, in die hydroelektrische Entwicklung im Gebiet der James Bay zu investieren, ohne den Rat der Cree einzuholen. In beiden Fällen zogen die indigenen Völker vor Gericht, um die Regierung daran zu hindern, Initiativen voranzutreiben, die ihre angestammten Rechte schlicht ignorierten. Die Dene pochten darauf, dass der Vertrag Nr. 11 ihre angestammten Rechte nicht aufhebe. Die Cree, die keinen Vertrag unterzeichnet hatten, pochten auf ihre angestammten Rechte. Beide Male gaben die Gerichtshöfe den Klagen der Urbevölkerung statt und wiesen die Regierungen an, die angestammten Rechte zu respektieren und sich mit den indigenen Völkern zu einigen, deren Land und Lebensgrundlagen von solchen Großprojekten, die in erster Linie den städtischen Zentren im Süden zugute kommen würden, mit Sicherheit beeinträchtigt werden würden.

In den Nordwest-Territorien wurde zwischen den Métis, den Dene und der Bundesregierung eine grundsätzliche Vereinbarung ausgehandelt. Im Juni 1990 wies die Versammlung der Dene die Vereinbarung jedoch zurück und bereitete den Weg für kleinere, regionale Übereinkünfte, die zunächst 1991 mit den Dinjii Zhuh (Gwich'in) und dann mit den Sahtu (am Bärensee) und den Dogrib zustande kamen, denen Landnutzungsrechte in einem Gebiet zuerkannt wurden, das größer ist als Belgien. Unmittelbar südlich des Dogrib-Gebiets müssen die Deh-Cho-Indianer/First Nations ihre Ansprüche noch mit der Bundesregierung aushandeln. 40 Prozent der Trasse in den Nordwest-Territorien, über die die MGP bis nach Alberta geführt werden soll, gehören zu ihrem Land, das sich zum Teil mit dem der Dene Tha überschneidet. Im Prinzip kann die MGP ohne eine Einigung mit den Deh-Cho-Indianern/First Nations nicht gebaut werden.

Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen vertreten die territorialen Regierungen und die Bundesregierung mächtige Geschäftsinteressen. 2001 wurden die Indigenenführer unverblümt daran erinnert, dass Unternehmen, die auf der ganzen Welt „nach wettbewerbsfähigen Steuersätzen, wettbewerbsfähigen Abgaben, verfügbaren Fachkräften und Regierungen suchen, die ihr Engagement honorieren [...], sich nicht von einer Vielzahl künstlicher und überflüssiger Barrieren aufhalten lassen werden“ – wie eben vertraglich festgelegten Landansprüchen, „die anderswo nicht existieren.“¹¹ Im Juni 2006 räumte der Minister für indianische und nördliche Angelegenheiten Jim Prentice zwar ein, dass „die Deh Cho in diesem Land das größte Stück unerledigter Arbeit nördlich des 60. Breitengrades sind“, fügte aber hinzu, dass „es offen ist, ob es hier noch vor der Pipeline zu einer Lösung kommt“. Mit anderen Worten: Ein sieben Milliarden Dollar schweres Projekt, das in Kanada und darüber hinaus für Wohlstand sorgen würde, sollte nicht durch Verhandlungen behindert werden. Wie anders klingt da die Einstel-

lung, die kürzlich von einem Ältesten der Deh Cho zum Ausdruck gebracht worden ist: „Wir hatten jahrtausendlang keine Pipeline. Ich sehe nicht ein, warum wir da nicht noch ein wenig länger warten können.“¹²

Um die Dinge noch komplizierter zu gestalten, befand das Bundesappellationsgericht im November 2006, die Bundesregierung sei ihrer Pflicht, die Dene Tha in die Planung der MGP miteinzubeziehen, nicht nachgekommen. Zwischen Dezember 2000 und Juni 2002 erarbeiteten Regierungen, Industrie und Vertreter derjenigen Dene-Gruppen aus den Nordwest-Territorien, die Verträge mit der Bundesregierung unterzeichnet hatten, ein Regelwerk für die MGP, an dem die Dene Tha nicht beteiligt wurden. Regierungsbeamte legten fest, dass die Dene Tha kein Mitspracherecht bei wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten haben sollten, die in den Nordwest-Territorien angesiedelt waren. Die Dene Tha beharrten darauf, dass die MGP für sie eine Beeinträchtigung darstelle und sie in Teilen der Nordwest-Territorien Rechte besäßen, weil sie schon immer dort gejagt und Fallen gestellt hätten. „Kanadas Position war die, dass es in den Nordwest-Territorien ‚Aktivitäten‘ der Dene Tha, aber keine Rechte anerkannte.“¹³ Im Juli 2004 ließ die Regierung „den Dene Tha Kopien des Bezugsrahmenentwurfs EI [Environmental Impact: Umweltfolgen] und des Vertragsentwurfs JRP [Joint Review Process: Gemeinsamer Überprüfungsprozess] zukommen und ihnen mitteilen, dass eine Stellungnahme zu beiden spätestens am Folgetag eingereicht werden müsse.“ Daraufhin entschieden die Dene Tha, vor Gericht zu gehen.

Am 10. November 2006 entschied Richter Phelan vom Bundesappellationsgericht, dass vier Bundesminister „ihre Konsultierungspflicht verletzt“ hätten und erinnerte sie daran, dass „die Konsultierungspflicht nicht als erfüllt betrachtet werden kann, wenn den Dene Tha eine Frist von 24 Stunden eingeräumt wird, um zu einem Prozess Stellung zu nehmen, der sich über eine Reihe von Monaten (tatsächlich waren es sogar Jahre) hingezogen hat und zu dem sich praktisch jede betroffene Gruppe außer den Dene Tha äußern können“. Richter Phelan erkannte zwar an, dass rechtliche Schritte eingeleitet werden müssten, bemerkte jedoch andererseits: „Die Schwierigkeit, die sich in diesem Fall stellt, ist, dass das ‚Schiff‘ gewissermaßen schon ‚ausgelaufen ist‘. Wie soll man jemanden zu einem Prozess konsultieren, der bereits im Gang ist?“ Da diese grundlegende Frage nicht so einfach zu beantworten war, entschied sich das Gericht für weitere Anhörungen und ordnete an, dass „die Mitglieder des Joint Review Panel (ein Sachverständigengremium, das die sozialen und ökologischen Folgen des MGP-Projekts untersucht) gerichtlich dazu verpflichtet werden sollen, sich mit keinem Aspekt der MGP zu befassen, der entweder das den Dene Tha vertraglich zugesprochene Land oder die von den Dene Tha beanspruchten angestammten Rechte betrifft. Sie sollen weiterhin gerichtlich dazu verpflichtet werden, keinen Bericht über ihr Vorgehen an das National Energy Board weiterzuleiten.“

Schlussfolgerung

Die tiefe und allumfassende Ungleichheit der Lebensumstände indigener Völker einerseits und der Nachkommen der Siedler andererseits wird zuweilen auf mentale, physische oder kulturelle Defizite derer zurückgeführt, die ihr Land und ihre Lebensgrundlage an Fremde haben abtreten müssen. Eine solche Sichtweise lässt die langjährige institutionalisierte politische und wirtschaftliche Ausgrenzung indigener Völker in Kanada außer Acht. Es bedarf einer neuen Grundlage für friedliche und gerechte Beziehungen zwischen Siedlern und indigenen Völkern. Friedliche Koexistenz meint nicht nur die Abwesenheit eines bewaffneten Kampfs sondern auch die Anwesenheit sozialer Gerechtigkeit und Würde für alle Beteiligten. 1985 wurde mir diese Ungerechtigkeit gegenüber den Dene Tha in ihrer ganzen Tragweite bewusst, als ich in einem McDonald's-Restaurant in der Nähe seines Wohnorts zufällig Zeuge einer Begegnung zwischen Alexis Seniantha und einem dreijährigen Mädchen wurde. Alexis, sein Enkel und ich wollten das Restaurant gerade verlassen, als Mutter und Kind hereinkamen. Für einen kurzen Moment standen das Kind und Alexis sich Auge in Auge in dem engen Raum zwischen der inneren und der äußeren Tür des Restaurants gegenüber. Als wir weitergingen, sagte ich zu Alexis, dass das kleine Mädchen ihn offensichtlich gemocht hatte, denn sie hatte ihn angelächelt. Alexis antwortete, das sei nur angemessen, denn sie genieße alle Reichtümer des Dene-Tha-Landes, während er und sein Volk noch immer auf eine entsprechende Gegenleistung warteten.

¹ Francis Jennings, *The Invasion of America. Indians, Colonialism and the Cant of Conquest*, Chapel Hill 1975, 4.

² Häuptling George Manuel in G. Manuel/M. Posluns, *The Fourth World: An Indian Reality*, 1974, 67.

³ Diese Berichte sind nachzulesen unter www.ainc-inac.gc.ca/ch/rcap/sgmm_e.html und <http://www.amnesty.ca/amnestynews/upload/am200304.pdf>. Für eine vergleichende Studie sozialer Bedingungen der aboriginals in Kanada, Neuseeland, Australien und den USA vgl. www.international.gc.ca/aboriginalplanet/resource/canda/documents/diversityindigpolicy-en.asp.

⁴ Vgl. <http://parl.gac.ca/info/library/PRBpubs/prb0602-e.htm>.

⁵ Das Folgende basiert auf meinen Forschungen über die Dene Tha im Nordwesten Albertas, wo ich zwischen 1980 und 1986 sechs Monate im Jahr gelebt habe, und auf meiner Lehrtätigkeit im Rahmen des Magisterstudiengangs Konfliktforschung an der Saint-Paul-Universität in Ottawa.

⁶ Zentrum für Verfassungsforschung, www.law.ualberta.ca/centres/ccs/keywords.php?keyword=66 (Dezember 2006).

⁷ Vgl. den vom Rechtsbeistand der First Nation der Dene Tha in Auftrag gegebenen Bericht *Dene Tha' Presence in Northwestern Alberta and the Southern North West Territories* aus dem Jahr 2006.

⁸ Edward Said, *Peace and Its Discontents*, New York 1996, xxix.

⁹ Vgl. Horvath, S./McKinnon, L./Dickerson, M./Ross, M., *The impact of the traditional land use and occupancy study on the Dene Tha' First Nation*. Projektbericht 2001, 18. Projektabschlussbericht, Edmonton 2001.

¹⁰ Vgl. First Nation der Dene Tha, *Dene Tha' Traditional Land-Use and Occupancy Study*, Calgary 1997.

¹¹ Morton auf der Öl- und Gaskonferenz „Fueling the Future“ in British Columbia, vgl. www.northernrockies.org/Departments/Leg_Admin/Oil%20&%20Gas/Mike%20Graham.pdf.

¹² In der Beilage der *National Post* vom 27. September 2002, *Edmonton Journal* 14.

¹³ Alle nachfolgenden Zitate stammen aus dem Bericht *Reasons for Judgment* von Richter Michael L. Phelan auf <http://as-nornter03.cas-satj.gc.ca/fct-cf/>.

Aus dem Englischen übersetzt von Gabriele Stein

Der Streit um das „kanonische Territorium“

Ein territorialer Konflikt zwischen katholischer und russisch-orthodoxer Kirche ohne Lösung?

Heiko Overmeyer

Im Jahr 2002 entbrannte zwischen dem Vatikan und dem Moskauer Patriarchat ein heftiger Streit um die Berechtigung der russischen Orthodoxie, ein sogenanntes „kanonisches Territorium“ zu proklamieren, auf dem andere Kirchen sich jeder Missionstätigkeit zu enthalten hätten. Auslöser der Kontroverse war die Erhebung der bisherigen (katholischen) Apostolischen Administraturen auf dem Gebiet der Russischen Föderation zu Bistümern. Im Rahmen des Konfliktes sprach das Moskauer Patriarchat mit Hinweis auf eben dieses kanonische Territorium der katholischen Kirche ab, eine eigene, feste Hierarchie auf dem Territorium der russischen Orthodoxie einzurichten, während der Vatikan unter anderem mit Hinweis auf das Menschenrecht der Religionsfreiheit auf eben diesem Recht bestand. Die grundsätzliche Frage dieses Konfliktes scheint darin zu bestehen, inwieweit eine Kirche – in diesem Fall die russische orthodoxe – zu Recht auf einem eigenen, „nationalen“ Kirchengebiet beharren und anderen Kirchen auf diesem Gebiet das Recht absprechen kann, eigene feste Strukturen einzurichten.

In diesem Artikel soll der Konflikt zwischen dem Moskauer Patriarchat und dem Vatikan übersichtsartig dargestellt und in die Problematik des „kanonischen Territoriums“ eingeführt werden. Hierzu werden die Ereignisgeschichte dieses Konfliktes sowie die „russische“ Lesart des Begriffs vom kanonischen Territorium rekonstruiert und die Sichtweise des Vatikans in Grundzügen dargestellt.